



## „Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die mit den Menschenrechten in Einklang stehen“

pro familia heißt die Einsetzung der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin willkommen und bietet als Fachverband Unterstützung an

„Endlich kommen die gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Fortpflanzungsmedizin auf den fachlichen und politischen Prüfstand. Das ist lange überfällig.“, erklärt Monika Börding, Vorsitzende des pro familia Bundesverbands. „§218 ff StGB stigmatisiert Menschen, die einen selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch vornehmen und diejenigen, die ihnen das ermöglichen. Es läuft Deutschlands internationalen Menschenrechtsverpflichtungen und der internationalen Gesundheitsevidenz zuwider. Ziel der Arbeit der Kommission muss die Vorlage von gesetzlichen Regelungen sein, die mit diesem Rahmenwerk im Einklang stehen und vom Bundestag umgehend beraten und beschlossen werden können. pro familia dringt hierbei insbesondere auf die Verankerung des Rechts auf Information und Beratung zu allen Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte.“

Mit Beratung und Informationen unterstützt pro familia jährlich tausende Menschen in ganz Deutschland bei ihrer Entscheidungsfindung zu allen Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, so auch zum Kinderwunsch, zu ungewollter Schwangerschaft und zum Schwangerschaftsabbruch. Die Arbeit des Verbands stützt sich auf fachliche Standards und auf die internationalen Menschenrechte. pro familia bietet der Kommission und den sie tragenden Bundesministerien seine Unterstützung als Fachverband an.

„Die Gesetzesentwürfe, die die Kommission entwickeln wird, gehen uns alle an. Viele von uns sind oder kennen Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen haben oder brauchen, oder Menschen mit Kinderwunsch. Im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission stehen nicht allein abstrakte moralische Fragen, sondern die Lebensrealitäten betroffener Menschen. Gute Gesetze sind solche, die entstigmatisieren, die Rechte aller Betroffenen schützen und dabei der Diversität von komplexen Lebensrealitäten gerecht werden. Wir begrüßen, dass mit Prof. Dr. Daphne Hahn und Prof. Dr. Maika Böhm zwei Wissenschaftlerinnen in der Kommission mitarbeiten, die derzeit im Projekt ‚Elsa‘ die Erfahrungen und Lebenslagen von ungewollt Schwangeren untersuchen, die Lebensrealität derjenigen, die von den gesetzlichen Regelungen betroffen sind“, sagt Monika Börding.

Neben menschenrechtsbasierten Gesetzesänderungen dringt pro familia zudem auf die Umsetzung der weiteren Vorhaben der Bundesregierung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. Dies sind insbesondere Maßnahmen für die Versorgungssicherheit zum Schwangerschaftsabbruch und für den Schutz von Ratsuchenden vor Belästigung sowie die Kostenübernahme für Verhütungsmittel.

1. März 2023

[Das Recht der Frau auf selbstbestimmte Entscheidung. pro familia Position zum Schwangerschaftsabbruch. pro familia Bundesverband 2012](#)

[Schwangerschaftsabbruch. Fakten und Hintergründe. pro familia Bundesverband 2017](#)

[Für eine rechtbasierte Fortpflanzungsmedizin. pro familia Position zur rechtlichen Regelung reproduktionsmedizinischer Verfahren. pro familia Bundesverband 2022](#)

### Pressekontakt

Regine Wlassitschau  
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband  
Mainzer Landstraße 250-254  
60326 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22  
Fax 069-26 95 779-30  
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.